

# Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger  
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

**Ausgabe März 2016**



## Schulmilch wird weiterhin gefördert

"Milchprodukte in der Schule fördern von Kindesbeinen an ein Bewusstsein für heimische Esskultur und Landwirtschaft. In der Schule wachsen unsere Jüngsten mit heimischen Produkten auf. Gerade die Schulmilch ist ein Beitrag für gesundes, bewusstes Essen und vielleicht eine letzte Barriere vor Cola und Schokoriegeln", erklärt Markus Ferber in Straßburg, anlässlich der Abstimmung über neue Beihilferegeln für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen in der Europäischen Union. "Bayerische Produkte wie Schulkakao, Fruchtmilch und Fruchtojoghurt bleiben weiter förderfähig. Außerdem konnten wir eine Aufstockung der europäischen Fördermittel auf insgesamt 250 Millionen Euro durchsetzen", so der CSU-Europaabgeordnete. Die EU finanziert 75 Prozent der Schulobst- und Schulmilch-Programme, die für die Mitgliedstaaten freiwillig sind.

## AnaCredit auf den Prüfstand!

"AnaCredit muss grundsätzlich auf den Prüfstand. Hier stimmt weder die Verhältnismäßigkeit, noch steht den strengen Meldepflichten ein entsprechender Nutzen gegenüber", so Markus Ferber. Diese Forderung findet sich auf seine Initiative hin auch im Jahresbericht zur Bankenunion wieder, den das Plenum des Europäischen Parlaments in dieser Woche in Straßburg verabschiedet hat. "Kleine Banken, Sparkassen und Volksbanken funktionieren anders als grenz-

überschreitende Großbanken. Aufwändige Melde- und Dokumentationspflichten sind für große Investmentbanken mit riskantem Geschäftsmodell richtig und sinnvoll, aber bedeuten für kleine Institute einen überzogenen bürokratischen Mehraufwand und unnötige Kosten für den Bankkunden", so Ferber. Die Europäische Zentralbank (EZB) plant, ab 2018 Kreditdaten zunächst von Unternehmen und später womöglich auch von Privatpersonen in einem zentralen Register zu sammeln, um mögliche Kreditrisiken im Finanzsystem frühzeitig zu erkennen. "Meiner Meinung nach schießt die EZB mit diesem Vorhaben erneut weit über das Ziel hinaus. Ich wehre mich vehement gegen immer härtere nicht nachvollziehbare Auflagen für kleine Institute und fordere eine grundsätzliche Überarbeitung von AnaCredit", so Ferber abschließend.

## Bessere Rechtsetzung

Wie kann europäische Gesetzgebung verbessert werden, damit sie dem Mittelstand besser nutzt und wenig Bürokratie verursacht? Eine interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtssetzung zwischen Kommission, Rat und Parlament sollte dabei helfen. Markus Ferber, Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand, zeigte sich über das vorläufige Ergebnis sehr enttäuscht. Vor allem der geforderte KMU-Test fehlt ihm: "Die Kommission hatte sich eine Selbstverpflichtung für einen verbindlichen KMU-Test auferlegen wollen. Dieser würde bedeuten, dass jede neue Gesetzgebung zuerst auf Tauglichkeit für kleine

und mittlere Unternehmen überprüft werden müsste. Wir haben uns während den Verhandlungen intensiv für einen KMU-Test eingesetzt, von einer verbindlichen Zusage hierzu haben die Verhandlungsparteien jedoch Abstand genommen", kritisierte Ferber. Markus Ferber hält jedoch weiterhin an seiner Forderung fest: "Wir brauchen einen Bürokratietest für EU-Gesetze, die kleine und mittelständische Betriebe betreffen."

## EU darf sich nicht erpressbar machen!

Der CSU-Europaabgeordnete warnt davor, einen zu hohen politischen Preis an die Türkei zu bezahlen: "Die Türkei ist ein Puzzleteil einer europäischen Lösung für die Flüchtlingskrise, aber nicht die alleinige Lösung", so Ferber. "Ich warne davor die Zukunft der EU komplett vom Wohlwollen der Türkei abhängig zu machen. Wir begeben uns hier auf einen gefährlichen Drahtseilakt." Ferber erinnert auch daran, dass sich die Türkei in der Vergangenheit nicht als zuverlässiger Partner erwiesen habe. "Die Visumsfreiheit ist für mich ein Punkt, der weit über das hinausgeht, was man seriöserweise eigentlich der Türkei anbieten kann. Wenn wir eine generelle Visumsfreiheit einführen sollten, habe ich schon die Sorge, dass wir hier eine zusätzliche Welle an Menschen haben, die sich nicht nur 90 Tage in Europa aufhalten wollen." Auch Zugeständnisse hinsichtlich eines raschen EU-Beitritts hält Ferber angesichts der neusten Vorkommnisse für ein vollkommen falsches Signal.



[www.markus-ferber.de](http://www.markus-ferber.de)  
E-Mail: [info@markus-ferber.de](mailto:info@markus-ferber.de)

